



### Presseschau vom 31.12.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

**Susan Bonath: „Leichenberge in Sachsen“: Was ist wirklich los im Corona-Hotspot?**

„In Krematorium Zittau stapeln sich die Särge“: Diese Schlagzeile ging kürzlich durch die Medien. Richtig ist: Es gibt eine Übersterblichkeit. Doch die liegt zum großen Teil gar nicht an Corona. Und: Für den Stau bei der Einäscherung gibt es viele weitere Gründe. Ein Faktencheck.

<https://kurz.rt.com/2dth>

**deutsch.rt.com: "Sieg über politische Willkür" – Ukrainischer Ex-Premier Asarow klagt gegen Rat der EU und gewinnt**

Der Europäische Gerichtshof hat beschlossen, dass die EU-Sanktionen gegen den ukrainischen Ex-Premier Nikolai Asarow rechtswidrig waren. Mit diesem Urteil wollen dessen Anwälte ein Ende der politischen Willkür in der EU setzen. Es könnte auch das Ende der Maidan-Justiz einläuten.

<https://kurz.rt.com/2dts>

### vormittags:

**wpered.su: Die Kommunisten aus Amwrosiewka begingen den Jahrestag der Gründung der UdSSR**

Am 29. Dezember fand in der Bezirksorganisation der Kommunistischen Partei der DVR in

Amwrowsiekwa eine Versammlung des Parteiaktivs zum Jahrestag der Gründung der UdSSR. Den Bericht hielt die erste Sekretärin des Bezirkskomitees Ljudmila Jakubowskaja, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

An der Versammlung nahm der Erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow teil, der von der Arbeit der Parteiführung und dem Besuch einer Delegation der KPRF berichtete, auf Fragen der Versammelten antwortete und 70 Neujahrs Geschenke von der Organisation der KPRF in der Republik Jakutien für die Kinder der Amwrowsiewkaer Kommunisten übergab. Außerdem überreichte er Gedenkmedaillen der KPRF.

Nach der Versammlung legten die Kommunisten Sergej Feschtschenko und Swetlana Peschtschannaja Blumen am Denkmal des Gründers der UdSSR W. I. Lenin und am Denkmal für die Kämpfer für die Sowjetmacht nieder.

Im Dorf Olginskoje im Amwrowsiewka-Bezirk brachten die Kommunisten der örtlichen Grundorganisation außerdem ein Gedenkzeichen in Form eines Wappens der Sowjetunion an und führten eine Veranstaltung zum Jahrestag der Gründung der UdSSR durch. Der Sekretär des Amwrowsiewkaer Bezirkskomitees der KP der DVR Serzej Feschtschenko überreichte Kindern Neujahrs Geschenke von der KPRF



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2020/12/SSSR-5.jpg>

#### **Dan-news.info: Erklärung des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin über die Lieferung des russischen Impfstoffs gegen COVID-19**

Wir haben uns an die Regierung Russlands mit der Bitte gewandt, der DVR humanitäre Hilfe durch die Lieferung des russischen Impfstoffs gegen den Coronavirus zu leisten, unsere Bitte wurde operativ behandelt und gebilligt. Bereits im Januar 2021 erwarten wir den Beginn der Lieferung der ersten Partei von Impfstoff gegen den Coronavirus.

Vor allem ist die Impfung gegen COVID-19 für die Personen vorgesehen, die ein besondere Infektionsrisiko haben, darunter die medizinischen Beschäftigten, die mit am Coronavirus Erkrankten arbeiten, und Soldaten.

Das ausgehende Jahr 2020 war für die Republik sehr schwierig. Der Kampf gegen die Pandemie wurde durch die Handlungen des offiziellen Kiew erschwert, dass eine politische Regelung des Konflikts sabotiert, die Beschüsse unserer Ortschaften fortsetzt und die Wirtschafts- und Verkehrsblockade des Donbass nicht aufhebt. Keinerlei ukrainische Verpflichtungen werden erfüllt und die Handlungen sind nur auf eine Unterdrückung der Bevölkerung des Donbass gerichtet.

In dieser ganzen Zeit war Russland mit uns, das uns unschätzbare Hilfe sowohl im Prozess

der Regelung des Konflikts als auch im humanitären Bereich leistet.

Das Volk des Donbass schätzt alles, was die RF für den Donbass tut, zutiefst und äußerst dafür seine aufrichtige Dankbarkeit. Dank der Lieferung von Medikamenten und medizinischen Präparaten sowie durch die Einführung einiger Beschränkungen und der organisierten Arbeit aller Dienste, die die Ärzte unterstützt haben, haben wir Situation in der Republik stabilisiert.

Ich bin überzeugt, dass die Impfung der Bevölkerung als nächster Schritt im Kampf gegen die Gefahr der Ausbreitung der Coronavirusinfektion zahlreiche Leben unserer Bürger retten und uns dem normalen Leben und Arbeit näher bringen wird.

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 30. Dezember 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

### snews.de: **Weg zum Frieden: UN will Beobachtermission in Libyen starten**

Mit einer ersten gemeinsamen Beobachtermission der libyschen Konfliktparteien wollen die UN den Weg zum langersehnten Frieden in dem Bürgerkriegsland ebnen. Laut UN-Generalsekretär António Guterres einigten sich beide Seiten darauf, die im Oktober vereinbarte Waffenruhe zusammen mit Hilfe der Vereinten Nationen zu überwachen.

Das geht aus einem internen Brief von Guterres an den UN-Sicherheitsrat hervor, welcher der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. Die Vorbereitungen sollten „so schnell wie die Situation es zulässt“ beginnen.

Die Mission, bei der erstmals beide Seiten über die Einhaltung der Ordnung in Libyen wachen könnten, soll zunächst in einem mehrere Hunderte Kilometer umfassenden Dreieck um die Küstenstadt Sirte starten und danach soweit möglich ausgedehnt werden. Die Militärvertreter hätten betont, dass der Mechanismus vollständig von Libyern geführt werden müsse – erbaten demnach aber Unterstützung durch unbewaffnete und zivil gekleidete internationale Beobachter.

„Ich ermutige die Mitgliedstaaten und regionalen Organisationen, die Inbetriebnahme des Waffenstillstandsmechanismus zu unterstützen, unter anderem durch die Bereitstellung einzelner Beobachter unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen“, sagte Guterres. In Libyen ringen die Regierung von Ministerpräsident Fajis al-Sarradsch mit Sitz in Tripolis und eine Gegenregierung im Osten des Landes, die General Chalifa Haftar unterstützt, um die Macht. Haftar hatte nach einer gescheiterten Offensive auf Tripolis aber an Einfluss verloren. Die beiden Seiten werden von zahlreichen ausländischen Staaten unterstützt, die teilweise auch Waffen und Kämpfer in das Land schickten. Nach einem hochrangig besetzten Gipfel in Berlin im Januar und militärischen Entwicklungen in Libyen selbst war aber Bewegung in die Verhandlungen gekommen.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/1f/349379\\_0:117:3072:1845\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_74e37c9c7b20315483b8f4b15cd71a63.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/1f/349379_0:117:3072:1845_1440x0_80_0_0_74e37c9c7b20315483b8f4b15cd71a63.jpg)

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 30. Dezember 3:00 Uhr bis 31. Dezember 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 2.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Donezk: Antipanzergrenatwerfer – einmal (2 Granaten); Unterlaufgranatwerfer – 1 mal (1 Granate); Schusswaffen – einmal .

Richtung Mariupol: Mörser 120mm – dreimal (49 Mörsergeschosse).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Mineralnoje, Staromichajlowka.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 3.**

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden vier Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

### **deutsch.rt.com: Venezuela: Rechtes Terrornetzwerk aufgedeckt – Mordanschläge und Geiselnahmen waren geplant**

Die venezolanischen Behörden deckten ein Terrornetzwerk der rechten Opposition auf. Zur Verhinderung der Parlamentskonstituierung am 5. Januar waren Anschläge und Geiselnahmen geplant. Geleitet wird das Netzwerk aus Kolumbien durch enge Verbündete von Juan Guaidó. In Venezuela wurde eine von der rechten Opposition geplante Terroroperation vereitelt. Die venezolanische Innenministerin Carmen Teresa Melendez berichtete am 29. Dezember in einer Pressekonferenz, dass es Polizei- und Geheimdienstkräften gelungen sei, ein Terrornetzwerk auszuheben. In der "Operation Boycott" planten Mitglieder der rechten Opposition Geiselnahmen von Politikern, Mordanschläge und einen groß angelegten Sprengstoffanschlag gegen das Parlamentsgebäude.

Nach Angaben von Melendez hatte das Netzwerk vor, die Konstitution der neugewählten Nationalversammlung am 5. Januar 2021 zu verhindern. Sie wollten mit ihren Aktionen das Land "sozial und politisch destabilisieren". Die Operation sollte zwischen dem 27. Dezember und dem 5. Januar anlaufen.

Am 24. Dezember gelang den venezolanischen Behörden die Festnahme von Ronald Enrique Rivero Flores mit den Decknamen "Fido Dido" und "El flaco" ("der Dünne"). Er gestand, Mitglied eines Terrornetzwerkes zu sein. Bis zum 29. Dezember wurden weitere Mitglieder und Finanziere des Netzwerks verhaftet. Aus Verhören ergab sich, dass es in Kolumbien Ausbildungslager gibt, in denen die Anhänger der rechten Opposition für terroristische Aktionen geschult werden.

Geleitet wird das Netzwerk aus Kolumbien von dem venezolanischen Oppositionellen Leopoldo López, der in Venezuela auf der Flucht ist. Melendez erklärte dazu:

„Die extreme Rechte – angeführt von dem flüchtigen Leopoldo López und finanziert von Iván Somonovis – plante mit internationaler Unterstützung die Konstitution des kürzlich gewählten Parlamentes zu sabotieren.“

Leopoldo López ist eine führende Person der rechten Opposition in Venezuela. Er wurde 2015 zu einer Haftstrafe von 13 Jahren verurteilt – wegen Anstachelung zur Gewalt und Verschwörung im Jahr 2014. Damals kamen in Venezuela 43 Menschen ums Leben, 800 wurden verletzt. In 2017 wurde seine Haftstrafe in Hausarrest umgewandelt. Nachdem ihn

2019 Anhänger befreit hatten, flüchtete er zunächst in die chilenische, dann in die spanische Botschaft. Im Oktober 2020 wurde er von der spanischen Regierung nach Spanien gebracht. López ist ein enger Verbündeter von Juan Guaidó.

Iván Somonovis ist der ehemalige Polizeichef von Caracas. Er wurde zu 30 Jahren Haft verurteilt wegen der Tötung von Zivilisten beim Staatsstreich 2002. In 2019 gelang ihm die Flucht aus dem Gefängnis und die Ausreise nach Spanien.

Über Twitter äußerte sich Venezuelas Präsident Nicolás Maduro:

„Wir haben einen Terrorplan zerschlagen, der gegen die Konstitution der neuen Nationalversammlung am 5. Januar gerichtet war. Er wurde eingefädelt von dem in Venezuela flüchtigen Leopoldo López. Ich habe Außenminister Jorge Arreaza angewiesen, mit der spanischen Botschaft in Kontakt zu treten. Höchste Alarmstufe!“

Während in Venezuela das Terrornetzwerk ausgehoben wurde, ließ sich Juan Guaidó am 26. Dezember von seinen Anhängern als "Parlamentspräsident" bestätigen. In einer virtuellen Sitzung votierten die Mitglieder des Parallelparlaments für eine Verlängerung des Vorsitzes von Guaidó. Das selbst ernannte "Parlament Venezuelas" verkündete:

„Die verfassungsmäßige Kontinuität wird (...) bis zur Durchführung freier Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2021 oder bis zum Eintreten eines außergewöhnlichen politischen Ereignisses im Jahr 2021 oder für eine weitere Legislaturperiode ab dem 5. Januar 2021 ausgeübt.“

Damit reagierte das Parallelparlament auf die am 6. Dezember in Venezuela abgehaltene Wahl zur Nationalversammlung. Bei dieser hatte die Regierungspartei PSUV von Präsident Maduro 62,3 Prozent der Stimmen für sich gewonnen. Ein großer Teil der Opposition – darunter auch der Guaidó unterstützende Flügel – hatte zu einem Boykott der Wahlen aufgerufen. Guaidó ist somit kein gewähltes Mitglied in der neu konstituierenden Nationalversammlung. Bereits im Januar 2020 wurde Guaidó von der alten Nationalversammlung als Parlamentspräsident abgewählt.

Das Unterstützerlager von Guaidó wackelt indessen. Die Oppositionspartei Action Democratico (AD) enthielt sich der Stimmen bei einer von Guaidó angeregten Reform des Parallelparlaments, die ihm und seinen unmittelbaren Anhängern die volle Kontrolle gewährt. Nach Angaben des Nachrichtenportals Amerika21 beteuerte die AD aber, Guaidó weiterhin unterstützen zu wollen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2020.12/article/5fec96aeb480cc77f4419482.JPG>

Lug-info.com: In der LVR sind am 31. Dezember um 9:00 Uhr 2108 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 1748 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 174 Todesfälle.

### snews.de: **Angebliche Jagd auf US-Soldaten in Afghanistan: Trump über Kopfgeld Chinas unterrichtet**

US-Präsident Donald Trump hatte Mitte Dezember Geheimdienst dossiers über ein mögliches chinesisches Kopfgeld auf US-Streitkräfte in Afghanistan erhalten, berichtet die Nachrichtenseite Axios am Mittwoch unter Berufung auf zwei hochrangige Regierungsbeamte.

Verwaltungsmitarbeiter mehrerer Behörden versuchen derzeit, diese Informationen zu verifizieren. Wenn sie tatsächlich wahr sind, könnte dies die chinesisch-amerikanischen Beziehungen drastisch verändern und die Spannungen zwischen den beiden Supermächten verstärken, hieß es.

Die Trump-Administration plane zudem, die bislang nicht bestätigten Erkenntnisse freizugeben. Es bleibt zunächst unklar, ob Mitglieder des Kongresses oder der neugewählte Präsident Joe Biden auch darüber unterrichtet wurden, denn Biden hat bereits Zugang zum Daily Briefings des Präsidenten, so Axios.

Weder das Weiße Haus noch die chinesische Botschaft in Washington haben sich zu den Berichten geäußert.

### **Beziehungen zwischen China und USA spitzen sich zu**

Das US-Ministerium für innere Sicherheit (DHS) hatte Anfang Oktober China (neben Russland und dem Iran) in seine Bewertung der Bedrohungen für die nationale Sicherheit aufgenommen. Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten sind wegen des harten Kurses Pekings in Hongkong und amerikanischen Sanktionen höchst angespannt.

„Die größte äußere Bedrohung, mit der die USA heute konfrontiert sind, ist das chinesische Regime, die Kommunistische Partei unter dem Vorsitz von Xi Jinping“, sagte US-Außenminister Mike Pompeo zuvor in einem Interview. Er hatte im Zuge eines Briefings in London angekündigt, dass die USA auch eine Koalition für den Kampf gegen die „chinesische Gefahr“ bilden wollen.

### **Angebliche Kopfgelder Moskaus für Taliban**

Im Sommer gab es ähnliche Berichte darüber, dass die russische Militäraufklärung Terrorkämpfern, die mit den Taliban verbunden seien, eine Belohnung für Angriffe auf US-Soldaten in Afghanistan angeboten hätte. Der amerikanische Präsident Donald Trump teilte diesbezüglich mit, dass der US-Nachrichtendienst diese Informationen für nicht vertrauenswürdig gehalten und sie ihm deshalb nicht zur Verfügung gestellt habe.

Auch die russische Botschaft in Washington bezeichnete den Artikel von „The New York Times“ als „Fake“. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow sprach in diesem Zusammenhang von einer Fälschung, vor der eine der renommiertesten Zeitungen der Welt leider nicht zurückscheuen würde.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/1f/349883\\_0:0:3072:1728\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_fa384b35b3435501efb117bec355d6d9.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/1f/349883_0:0:3072:1728_1440x0_80_0_0_fa384b35b3435501efb117bec355d6d9.jpg)

мздр.рус: Am 30. Dezember wurden in der DVR 467 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 225 positiv, bei 10 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 aufgrund klinisch gestellt.

Am 31. Dezember um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 15.318 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4427 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 9513 als gesund entlassen, es gibt 1378 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 106 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 25 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 88 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 1704 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 646 mit Sauerstoffunterstützung (+27 in den letzten 24 Stunden).

### snaneews.de: **USA erheben Strafzölle auf Produkte aus Deutschland – Flugzeugbauteile und Spirituosen betroffen**

Im Streit um Subventionen für die Luftfahrtindustrie zwischen den USA und der EU hat Washington die Strafzölle auf Produkte aus Deutschland und Frankreich ausgeweitet. Betroffen seien Flugzeugbauteile, aber auch bestimmte Weine und Cognacs und andere Spirituosen, wie das Büro des US-Handelsbeauftragten am Mittwoch (Ortszeit) mitteilte. Die Europäische Union hatte im November mit Zustimmung der Welthandelsorganisation (WTO) US-Produkte im Wert von jährlich vier Milliarden Dollar (3,4 Milliarden Euro) mit Strafzöllen belegt. Als Grund wurden unerlaubte US-Staatshilfen für den Flugzeugbauer Boeing angegeben.

Die USA hatten 2019 ebenfalls grünes Licht für Aufschläge auf Importe im Wert von 7,5 Milliarden Dollar wegen unzulässiger EU-Subventionen für den europäischen Boeing-Konkurrenten Airbus bekommen.

Die US-Regierung warf Brüssel nun vor, bei der Verhängung der Zölle unfaire Entscheidungen getroffen zu haben, weswegen die eigenen Maßnahmen angepasst werden müssten. So habe die EU ihrer Entscheidung über Strafzölle zum Beispiel das Handelsvolumen der 27 EU-Staaten ohne Großbritannien zugrunde gelegt. Dies hätte zur Folge, dass die Vergeltungsmaßnahmen gegen die USA höher ausfielen. „Die EU muss Maßnahmen ergreifen, um diese Ungerechtigkeit auszugleichen“, erklärte der Handelsbeauftragte.

Die EU hofft, dass sich der Amtsnachfolger von Donald Trump im Weißen Haus, der Demokrat Joe Biden, zu Gesprächen über eine Beilegung des sich hinziehenden

Subventionsstreits bereiterklärt.



[https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/17/262968\\_0:0:3072:1728\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_fec8232383cc2443db21b1fb93ebf1bd.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/17/262968_0:0:3072:1728_1440x0_80_0_0_fec8232383cc2443db21b1fb93ebf1bd.jpg)

**Lug-info.com: In Altschewsk haben inzwischen 187 Wohnhäuser von den 386, bei denen die Heizung am 27.12. ausgefallen war, wieder Wärmeversorgung.**

#### snanews.de: **Explosion am Flughafen in Jemen: Opferzahl steigt auf 25**

Nach der schweren Explosion auf dem Flughafen der jemenitischen Stadt Aden ist die Zahl der Toten weiter gestiegen, berichtet SNA am Donnerstag unter Verweis auf den Fernsehsender Al-Jazeera.

Insgesamt 25 Menschen seien bei der Explosion getötet worden, so der Gesundheitsminister des Jemen, Qasem Buheibuh. Die Zahl der Verletzten gab der Minister mit 110 an.

Zuvor teilte eine Quelle in der Provinz Aden SNA mit, dass unter den Verletzten der stellvertretende Kommunikationsminister des Jemen, Nasir Sharif, sowie der Vertreter des Gouverneurs von Aden, Hasan al-Zamiki, und der Direktor des örtlichen Gefängnisses von al-Mansour, Naji al-Mahri, waren.

Am Mittwoch kam es am Flughafen in Aden zu einer schweren Explosion. Der Vorfall ereignete sich Zeugenberichten zufolge kurz nach der Landung eines aus Saudi-Arabien kommenden Flugzeuges mit der neuen Regierung des Jemens.

Nach Angaben von SNA wurde die Explosion durch mehrere Raketenangriffe verursacht, hinter denen die Huthi-Miliz vermutet wird. Laut dem Fernsehsender Sky News Arabia waren vor dem Anschlag Drohnen über dem Flughafen zu hören. Die Huthi-Miliz hat den Vorwurf bereits zurückgewiesen.



[https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/1f/351056\\_0:0:3640:2048\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_b0e097ce6a5611f60f1546713e377fb1.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/1f/351056_0:0:3640:2048_1440x0_80_0_0_b0e097ce6a5611f60f1546713e377fb1.jpg)

### Lug-info.com: **Erklärung des Oberhauptes der LVR Leonid Paseschnik zur Lieferung von Impfstoff gegen COVID-19 durch die RF**

Sehr geehrte Landsleute!

Für die LVR wie für viele Länder der Welt war 2020 ein Jahr der Prüfungen und Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Verbreitung von COVID-19. Die Situation im Donbass wurde durch die Blockade von Seiten der Ukraine, deren Regierungsvertreter ihre kriminelle Politik gegen die Einwohner der Region fortsetzen, erheblich erschwert. Selbst unter Bedingungen der Epidemie behindert Kiew internationale Organisationen bei der Lieferung von Hilfe an die LVR, indem es humanitäre Lieferungen nicht auf unser Territorium lässt.

Die RF hat uns mehrfach in schwierigen Augenblicken geholfen und der Kampf gegen die Coronavirusinfektion war dabei keine Ausnahme. Im ganzen Jahr wurden uns aus Russland regelmäßig medizinische Ausrüstung und Medikamente geliefert, was es erlaubte, die Kontrolle über die epidemiologische Situation zu gewährleisten.

Wir haben uns an die RF mit der Bitte gewandt, der Republik Impfstoff gegen COVID-19 zu liefern und man hat uns ein weiteres Mal gehört und unterstützt. Die erste Partie Sputnik V wird im Januar 2021 in der Republik erwartet. Zuerst wird die Möglichkeit einer Impfung denen angeboten, die ein besonderes Erkrankungsrisiko haben, nämlich den Mitarbeitern im Gesundheitswesen sowie bestimmten Mitarbeitern der Rechtsschutzorgane.

### **nachmittags:**

snnews.de: **China genehmigt Corona-Impfstoff – allerdings „bedingt“**

Laut einem Medienbericht von Donnerstag hat China erstmals einen selbst entwickelten Impfstoff gegen das neuartige Coronavirus für die breite Anwendung zugelassen.

Dem Impfstoff des Pharmaherstellers Sinopharm sei eine „bedingte Zulassung“ erteilt worden, berichtete die Nachrichtenagentur Xinhua. Sinopharm selbst hatte am Mittwoch mitgeteilt, dass sein Impfstoff einen mehr als 79-prozentigen Schutz vor Covid-19 (79,34 Prozent) bieten soll. Diese Angabe wurde von den Behörden bestätigt.

Die Daten hätten gezeigt, dass der Impfstoff die einschlägigen Standards der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Nationalen Lebensmittel- und

Arzneimittelbehörde erfülle, hieß es weiter. In Zukunft müssten die Haltbarkeit und die Schutzwirkung der Impfmunität kontinuierlich beobachtet werden.

„Dieser Impfstoff wird allen Chinesen kostenlos zur Verfügung gestellt“, sagte Zeng Yixin, stellvertretender Leiter der Nationalen Gesundheitskommission (NHC), auf einer Pressekonferenz.

In China selbst gibt es neben Sinopharm mit Anhui Zhifei Longcom, CanSino und Sinovac noch drei weitere Unternehmen, die sich in der Endphase der Impfstoff-Entwicklung befinden, hieß es bei der Deutschen Presse-Agentur. China habe sich das Ziel gestellt, bis Ende des Jahres 600 Millionen Dosen auf den Markt bringen zu können. Zuletzt war in Staatsmedien auch davon die Rede, bis Mitte Februar 50 Millionen Chinesen impfen zu wollen.

Obwohl es bislang keine Zulassung für die breite Öffentlichkeit gab, wird in China bereits seit dem Sommer geimpft. Laut Schätzungen wurden über Notfallzulassungen bereits weit über eine Million Menschen geimpft.

Laut der am Mittwoch veröffentlichten Daten ist das nun zugelassene chinesische Präparat weniger wirksam als die sogenannten mRNA-Impfstoffe von Pfizer/BioNTech und Moderna, die nach Angaben der Hersteller über eine Wirksamkeit von 95 Prozent verfügen. Allerdings kann das chinesische Vakzin nach Angaben des Herstellers bei normaler Kühlschrank-Temperatur gelagert werden. Zahlreiche Staaten vor allem in Afrika und Südamerika haben Bestellungen für chinesische Impfstoffe aufgegeben.



[https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/1f/351385\\_0:320:3072:2048\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_c18ee1381324d805ce43d34018312e12.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/1f/351385_0:320:3072:2048_1440x0_80_0_0_c18ee1381324d805ce43d34018312e12.jpg)

#### snanews.de: **150 Bootsflüchtlinge im Atlantik vor Kanaren gerettet**

Die spanische Seenotrettung hat im Atlantik vor der spanischen Kanareninsel Gran Canaria etwa 150 Migranten aus drei Booten gerettet. Wie die Organisation am Donnerstag auf Twitter mitteilte, seien die Menschen aus Afrika zur Versorgung und Registrierung an Land gebracht worden.

In diesem Jahr wagten immer mehr Menschen eine lebensgefährliche Überfahrt von Afrika über den Atlantik in Richtung der Kanaren. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR wurden seit Jahresbeginn 22.249 Migranten gezählt. Im Jahr zuvor waren es nur knapp 2700. Wie viele Menschen auf See starben, ist nicht bekannt. Das UNHCR geht von mehr als 400 Toten aus.

Die spanischen Kanareninseln liegen im Atlantischen Ozean nordwestlich von Afrika – nur etwas mehr als 100 Kilometer von der Westküste des Kontinents entfernt. Dabei ist der offene Atlantik für die kleinen und meist nur mit Außenbordmotoren angetriebenen Boote sehr gefährlich. Diejenigen, die die Inseln verfehlen oder sich verirren, haben kaum Überlebenschancen.



[https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/0f/163844\\_0:236:2484:1633\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_0a45998b96967b660b79e0b403e2e468.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/0f/163844_0:236:2484:1633_1440x0_80_0_0_0a45998b96967b660b79e0b403e2e468.jpg)

### Armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 31. Dezember 2020**

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **zweimal den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt.**

Von den Positionen des 2. mechanisierten Bataillons der 72. Brigade der BFU hat der Gegner das Feuer mit Unterlaufgranatwerfern in Richtung **Mineralnoje** eröffnet.

Außerdem haben Kämpfer der neu in der OOS-Zone eingetroffenen Einheiten des 1. Bataillons der 28. Brigade der BFU mit Antipanzergranatwerfern und Schusswaffen **Staromichajlowka** beschossen.

Alle Verstöße wurden den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern und Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen.

Die ukrainische Straftropfen stationieren weiter **Waffen und Technik in der Nähe von Häusern und kommunalen Objekten** auf von ihnen kontrolliertem Territorium.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden elf Stück entdeckt: neun gepanzerte Fahrzeuge mit Waffen der Kaliber 70 und 30mm und ein Abwehrgeschütze (SU-23), die im Verantwortungsbereich der 35. Brigade der BFU in Nowgorodskoje stationiert sind, weiter wurde ein Schützenpanzer in Troizkoje entdeckt.

**Die ukrainische Seite demonstriert nach wie vor ihren Unwillen, ihre Verpflichtungen zu einer friedlichen Regelung des Konflikts zu erfüllen und versucht auf jegliche Weise die Arbeit der OSZE-Beobachtermission zu behindern.**

In den letzten 24 Stunden haben wir zwei mal die Aktivität von Stationen zur Funkblockade von Drohnen „Bukowel-AD“ des Gegners in den Gebieten von Krasnogorowka und Wodjanoje bemerkt.

Wegen der Einwirkung der Mittel der elektronischen Kriegsführung einer mobilen Gruppe des 306. Bataillons der BFU im Gebiet von Krasnogorowka haben die Beobachter der OSZE wegen der Blockade der Leitungs- und Navigationssignale eine Kurzstreckendrohne verloren. Außerdem wurden die Leitungssignale einer Drohne der OSZE-Mission durch Mittel einer Kompanie der elektronischen Kriegsführung der 36. Brigade der BFU im Gebiet von Wodjanoje blockiert. Wir haben die Aufmerksamkeit der internationalen Beobachter mehrfach auf Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen durch Kämpfer eines Bataillons der 36. Brigade der BFU und auf die Notwendigkeit einer Inspektion der Positionen im Gebiet

von Wodjanoje in Bezug auf die Stationierung schwerer Waffen und Ausrüstung der Positionen gelenkt.

Das Bestreben des Brigadekommandeurs Gnatow, die Positionen vor Beobachtern der OSZE-Mission zu verbergen, zeugt von dem kriminellen Charakter der Aktivitäten. Wir rufen die internationalen Beobachter auf, vom ukrainischen Kommando zu fordern, einen freien Zugang zur Beobachtung der Positionen der Kämpfer zu gewährleisten.

Außerdem bitten wir ein weiteres Mal darum, die Aufmerksamkeit auf den Fall von Einsatz von von einer UN-Konvention des Jahres 1997 verbotenen Brandgeschosse durch Kämpfer der 36. Brigade der BFU auf die Positionen unserer Einheiten im Gebiet von Leninskoje am 29. Dezember zu richten.

Der Beschuss wurde von unseren Videobeobachtungssystemen aufgezeichnet und der Öffentlichkeit vorgestellt. Eine Analyse zeigt, dass das Feuer unmittelbar aus Wohngebieten von Wodjanoje erfolgte.

Alle Materialien wurden der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie dem Strafverfahren gegen den Kommandeur der 36. Marineinfanteriebrigade Gnatow und die ihm unterstellten Soldaten zu Fällen von terroristischen Akten unter Einsatz verbotener Munition, die zu den Massenvernichtungswaffen gehört, hinzuzufügen.

**Im Namen des Kommandos der Volksmiliz und in meinem eigenen gratuliere ich allen Einwohnern der Donezker Volksrepublik zum bevorstehenden Neuen Jahr!**

Dies soll ein heller und bewegender Feiertag im Leben jedes Menschen sein!

Ich will allen Soldaten der Volksmiliz, die die Heimaterde und die Einwohner des Donbass an den Frontpositionen verteidigen, danken! Sie sind ein würdiges Vorbild an Standhaftigkeit und Mut für unsere heranwachsende Generation, für unsere Kursanten und Jungarmisten.

Wir haben im ausgehenden Jahr viel gemeinsam erreicht.

Ich bin überzeugt, dass uns wichtige Errungenschaften, helle Siege und Ereignisse erwarten.

Ich wünsche allen Gesundheit, Glück, unerschöpfliche Lebensenergie, Gutes und einen friedlichen Himmel über dem Kopf!

snews.de: **Zahl deutscher Firmen in Russland geht zurück**

Die Zahl der in Russland tätigen Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung ist 2020 um sieben Prozent zurückgegangen, berichtet die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer (AHK) unter Berufung auf die russische Steuerbehörde.

Zum Jahresende sind demnach 3971 deutsche Firmen in Russland aktiv, 2019 waren es 4274 Unternehmen. Den stärksten Rückgang verzeichnete man in den russischen Regionen. Dort sollen viele deutsche Unternehmen ihre Filialen geschlossen und alle Geschäfte nach Moskau oder Sankt Petersburg gebracht haben, so der AHK-Präsident Rainer Seele.

„Die Corona-Krise macht sich auch bei der deutschen Wirtschaft in Russland bemerkbar“, sagte Seele.

Als Gründe nannte die Kammer unter anderem die EU-Sanktionen gegen Russland im Zuge der Ukrainekrise 2014, aber auch rechtliche Änderungen. „Neben der Pandemie zählen auch Sanktionen, globale Handelskonflikte und Protektionismus zu großen Herausforderungen für deutsche Großkonzerne und mittelständische und familiengeführte Unternehmen in Russland“, erklärte der Präsident.

Trotz der Pandemie investierten deutsche Unternehmen nach wie vor stark in Russland.

Dieses Jahr betragen die deutschen Netto-Direktinvestitionen nach Angaben der Bundesbank 1,3 Milliarden Euro. Viele deutsche Firmen sollen zudem in den vergangenen Wochen und Monaten neue Investitionen in Russland angekündigt oder bereits umgesetzt haben, darunter der Landmaschinenhersteller Claas, die Einzelhandelskette Globus, der Pharmakonzern Bayer und der Logistikdienstleister Rhenus.

„Die Quantität der Firmen geht zurück, doch die Qualität des deutschen Russland-Engagements bleibt hoch“, kommentiert Seele die Zahlen.

Zur Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Moskau und Berlin wurde Mitte Dezember der Deutsch-Russische Unternehmerrat gegründet. Die AHK wird gemeinsam mit dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und dem russischen Wirtschaftsministerium den Co-Vorsitz führen. Die Schwerpunkte werden deutsch-russische Kooperationen sein sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Wasserstoff, Digitalisierung, Gesundheit, Mobilität und duale Berufsbildung, so die AHK.

### **Mil-Inr.su: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden in den letzten 24 Stunden **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationiert der Gegner weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium.

So wurde in den letzten 24 Stunden von unserer Aufklärung die Stationierung folgender Waffen entdeckt:

im Verantwortungsbereich der 14. Brigade – ein Abwehrraketengeschütze „Osa“ in einem Wohngebiet von Bobrowo;

im Verantwortungsbereich der 92. Brigade – ein Abwehrgeschütze SU-23 in einem Wohngebiet von Popasnaja;

im Verantwortungsbereich der 59. Brigade – ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in einem Wohngebiet von Swetlodarsk.

Außerdem wurde die Anwesenheit von neuen Soldaten der 92. Brigade auf den ehemaligen Positionen im Gebiet von Solotoje festgestellt.

Diese Sachverhalte werden auch von Beobachtern der OSZE-Mission bestätigt....

**Im Namen des Kommandos der Volksmiliz der LVR gratuliere ich den Einwohnern der Republik zu bevorstehenden Neuen Jahr.** Ich wünsche Gesundheit, Erfolge, Glück und einen friedlichen Himmel über dem Kopf.

Gute Wünsche allen, die sich in der Neujahrsnacht auf ihrem Kampfposten befinden. Dank Ihnen können die Einwohner ruhig ins Neue Jahr gehen.

Glück Ihnen, liebe Freunde, starke Gesundheit und neue Errungenschaften zum Wohl unserer Republik!

### **Deu.belta.by: Allbelarussische Volksversammlung wird keine konstitutionellen Normen ändern**

Die Allbelarussische Volksversammlung wird keine konstitutionellen Normen ändern und sie ist dazu nicht bevollmächtigt. Das erklärte der belarussische Präsident, Alexander Lukaschenko, heute im Gespräch mit Vertretern des Arbeitskollektivs des Nationalen wissenschaftlich-praktische Zentrums für Kinderonkologie, -hämatologie und -immunologie und der Massenmedien, wie ein BelTA-Korrespondent bekanntgab.

„Sie machen mir Vorwürfe, dass ich meine Macht auf diese Weise verlängern will. Das ist lächerlich. Wenn ich meine Macht verlängern möchte, habe ich alle Möglichkeiten, Präsident zu bleiben“, erklärte der belarussische Staatschef.

Er wies darauf hin, dass es immer noch eine ungelöste Frage ist, die Allbelarussische Versammlung zu einem Verfassungsorgan zu machen: „Es wird in der Verfassung im Entwurf festgeschrieben und Sie werden es im Referendum entscheiden. In der Allbelarussischen Versammlung wird niemand verfassungsmäßige Entscheidungen treffen. Das müssen Sie wissen. Niemand! Die Versammlung sollte die Orientierungspunkte für die nächsten fünf Jahre umreißen“.

„Die Allbelarussische Volksversammlung wurde nicht ermächtigt, Verfassungsnormen und die Verfassung zu ändern und wird dies auch nicht tun. Aber wir werden alle Fragen diskutieren, die auf den Dialogplattformen besprochen wurden, die aufgetaucht sind und mit denen das

belarussische Volk konfrontiert ist“, fügte das Staatsoberhaupt hinzu.

Der Präsident versicherte, dass die Allbelarussische Volksversammlung in einer fairen und offenen Art und Weise durchgeführt wird. „Alles wird so sein, wie es sein soll. Und an der Allbelarussischen Volksversammlung werden die fortschrittlichsten Patrioten unseres Landes teilnehmen“, sagte er.

Alexander Lukaschenko bemerkte, dass das Thema der Allbelarussischen Volksversammlung jetzt vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten im gesellschaftspolitischen Leben aufgebauscht wird.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000019\\_1609413579\\_54941\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1609413579_54941_big.jpg)

**abends:**

snanews.de: **Bericht über Ungarns Verzicht auf „Sputnik V“ ist ein „Fake“ – RDIF**

Der Russische Direktinvestitionsfonds (RDIF) hat die Medienberichte über den Verzicht Ungarns auf den russischen Corona-Impfstoff „Sputnik V“ als ein Fake bezeichnet.

Zuvor hatte die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf das Büro des ungarischen Premierministers mitgeteilt, dass Ungarn entweder den Impfstoff im Rahmen der EU-Bestellung oder das chinesische Vakzin direkt importieren wolle.

Solche Berichte bezeichnete der Russische Direktinvestitionsfonds (RDIF), der gemeinsam mit dem Gamaleja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie in Moskau den russischen Corona-Impfstoff „Sputnik V“ entwickelt hatte, als ein Beispiel von „fake news“.

Zudem teilte die russische Institution mit, dass sie weiter mit den ungarischen Zulassungsbehörden zusammenarbeite.

„Ungarn hat die erste Charge des Vakzins am 28. Dezember bekommen und wir sind bereit, bis März 2021 die nötigen Mengen des Mittels zu liefern“, hieß es im RDIF.

Anfang Dezember hatte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó bekanntgegeben, dass ungarische Forscher die Daten über den russischen Corona-Impfstoff „Sputnik V“ bekommen und sich vergewissert hätten, dass bei der Herstellung des russischen Vakzins moderne Technologien verwendet würden und dass das Mittel „im Einklang mit WHO-Protokollen produziert“ werde. ...